

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin sowie bei direkter Postbestellung ohne Rücksicht monatlich 2 M., bei Zustellung unter Straßband 4 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsdruckerei: Kuni Norden 2893 und 2896.

Inserate haben die Selbstenpreis-Tariffangabe über deren Raum 20 Pf., „Mittel-Preisen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf., Kreuzungszeichen 20 Pf., bei Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Insetate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Verlagsdruckerei: Kuni Norden 2768.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Sonntag, den 26. Januar 1919

Nummer 45

Die Wahlen in Preußen.

Preußen.

Heute ist Wahltag, heute soll der Kampf um die Zusammensetzung der Preussischen Nationalversammlung angefochten werden. Vorher schon aber haben alle unsere Gegner eine politische und moralische Niederlage erlitten. Wäre die Sache nicht so furchtbar traurig und seute sie nicht von dem betäubenden Lärm uneres politischen Lebens trotz der ungeheuren Erfahrungen, die das deutsche Volk in den Jahren des Krieges und den Wochen der Revolution machen mußte, es wäre wirklich zum Lachen.

Vor ein paar Tagen hat die Regierung den Verfassungsentwurf veröffentlicht. Wir haben schon ausgeführt, daß dieser Entwurf in keiner Weise den sozialistischen Prinzipien genügt. Nicht einmal die Forderungen, die heute allen Arbeitern am Herzen liegen, sind erfüllt. In diesem Entwurf einer sozialistischen Regierung wird nicht ein Grundsatz des Sozialismus ausgesprochen, wird die Institution der Arbeiterräte in keiner Weise erwähnt. Und selbst vom demokratischen Standpunkt aus lassen sich gegen den Entwurf eine Reihe ernster Bedenken erheben.

Das aber ist es nicht, was die Rechtssozialisten und die Pfingstlichen in Aufregung versetzt hat. Für sie handelte es sich bloß um jene Bestimmungen des Entwurfs, die eine Kunitelung Preußens, aber auch anderer Bundesstaaten zulassen wollten.

Darüber haben nun die Konservativen, Nationalliberalen und Merkelen in der Wahltagitation der letzten Tage ein furchtbares Geschrei erhoben. Es sind zum Teil dieselben Kreise, die in Bayern, im Rheinland, in Schlesien um Profitinteressen oder Merkelen Nachbestrebungen willen hochverräterische Postreichungsbestrebungen propagiert haben. Jetzt kämpfen dieselben Parteien unter der Parole „Gegen die Zerstückelung Preußens“, weil sie damit bessere Wahlverhältnisse zu machen hoffen.

Nun sollte man meinen, daß wenigstens die Rechtssozialisten und die deutschen Demokraten mit allem Nachdruck gegen diese Agitation auftreten würden. Ist ja von ihnen oft genug versichert worden, daß der deutsche Partikularismus aufhören, die elende Kleinanerei, die wirtschaftliche Zerrissenheit ein Ende haben müsse. Welch bessere Gelegenheit könnte es geben als die Wahltagitation, um die Wähler über die Notwendigkeit der deutschen Einheit aufzuklären. Sie aufzufordern, Vertreter des Einheitsgedankens in die Preussische Nationalversammlung zu senden?

Wer diese Erwartung etwa gehabt hätte, hätte eine nette Enttäuschung erlebt. Das Geschrei der ganzen bürgerlichen Reaktion hat diese Halben in die Flucht geschlagen.

Die Regierung, die eben erst diesem Entwurf ihre Zustimmung gegeben hat, verleugnet ihn jetzt tagtäglich und kann sich gar nicht genug tun in Versicherungen, daß sie gar nichts damit zu tun habe, daß nur Herr Staatssekretär Freuk ihn zu verantworten hätte. Es sei gleichsam eine Privatarbeit, die der Nationalversammlung vorgelegt werde, die dann mit ihr machen könne, was sie wolle. Eine nette Aufklärung über die Verhältnisse der Regierung, die ihr Mandat von der Revolution erhalten hat und nun, statt schillernde Initiative zu betätigen, statt in der großen politischen Frage führend voranzugehen, sich selbst das geistige und politische Amtszugewandnis anstreift, sie habe über die grundlegende Verfassungsfrage überhaupt keine Meinung!

Das Kämmerliche daran ist aber nicht nur das Eingeständnis ihrer politischen Unzulänglichkeit, sondern noch mehr der Umstand, daß sie sich dies Geständnis abpressen läßt unter dem Druck der reaktionären Agitation. Diese Regierung, die loszuziehen die Grundzüge des internationalen Sozialismus zu vertreten hätte, weicht vor der nationalistisch-partikularistischen Rücksichtslosigkeit widerstandslos zurück. Nicht ist die einzige Bewegungsform, die diese Regierung noch kennt.

Und die braven Demokraten betören auch darin ihre Charakterverwandtschaft mit den Rechtssozialisten. Sie wollen Herrn Freuk auf ihre Liste in Berlin setzen. Jetzt haben sie ihn aus schäblicher Angst vor der reaktionären Agitation feierlich verleugnet und erklären, daß er das ihm zugesandte Mandat nicht annehmen dürfe. Guterlicher und schämlicher kann sich eine Partei wohl nicht mehr benehmen. Unter dem Sammelurium, das die

deutsche demokratische Partei in die Nationalversammlung schickt, ruft Herr Freuk immer noch um Haupteslänge über die anderen hervor. Er ist einer der ganz wenigen wirklichen Demokraten der Partei und vielleicht neben Professor Schücking der einzige zuverlässige politische Charakter, und gerade dieser Mann wird auf Geheiß der übelsten Reaktion geköpft. Es sind doch Helden, diese Bundesgenossen der Rechtssozialisten!

Auch wir haben gegen die Bestimmungen der Verfassung, die bereits einer Bevölkerung von zwei Millionen das Recht auf Neubildung von Bundesrepubliken einräumen. Die schwersten Bedenken und halten dies für politisch und ökonomisch unmöglich. Wir hätten eine Verfassung gewünscht, die in weitem Umfang, insbesondere auf politischem Gebiet, die deutsche Einheit auf der Grundlage einheitlicher Selbstverwaltung verwirklichte. Die auf keinem Gebiete wart, für eine solche Idee sich einzusetzen, und in schäblichster bürokratischer Manier vor jedem Widerstand zurücktaucht. Aber wir glauben, daß nicht Herr Freuk die Schuld daran trägt, sondern eben die Regierung, unter deren Händen alles und jedes verdirbt und verdorrt.

Gewiß, wenn man nicht wagt, der partikularistischen Rücksichtslosigkeit die große Idee der deutschen Einheit entgegenzusetzen, wenn man den süddeutschen Partikularismus fortpflanzen best und pflegt, dann ist der loannanne preussische Partikularismus erst recht nicht zu bekämpfen.

Preußens Uebergewicht in Deutschland beruhte einmal auf seinem politischen Uebergewicht, das durch die Konstruktion der Verfassung und durch die preussische Militär- und Zunfterschaft geachtet war; sodann aber auf seiner ökonomischen Uebermacht. Die politische Uebermacht ist durch die Revolution gebrochen, die ökonomische wird durch die Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich, die eine unbedingte Notwendigkeit ist, durch die Sozialisierung des Verkehrs, die gleichfalls Reichs Sache sein muß, außerordentlich vermindert.

Die Befähigung des preussischen Partikularismus sind also gegenwärtig viel kleiner als die einer kommunikativen Kleinanerei. Dagegen kann Preußen, wenn die Wähler entschlossene Vertreter des Einheitsgedankens in seine Nationalversammlung senden, gerade keine Stärke dazu verwenden, im Gegensatz den partikularistischen Strömungen in anderen Staaten die deutsche Einheit zu fördern, indem es für die Verwirklichung dieser Einheit starke Kompensationen zu bieten imstande ist.

Es wäre also alles darauf angekommen, der reaktionären Agitation für das alte Preußen die Aufgabe des neuen Preußens entgegenzusetzen, das das Rückgrat der deutschen sozialistischen Einheitsrepublik werden muß. Statt dessen werfen diese Kämmerlinge die Flinte ins Korn. Gaben wir da nicht recht, wenn wir von der Riderlage vor dem Kampfe reden?

Gehandelt sich also heute bei der Wahl wirklich um großpolitische Entscheidungen. Es handelt sich darum, die Gelegenheit auszunutzen, um mit der Regierungspolitik, die auf allen Gebieten verhängt hat, Abrechnung zu halten.

Gehandelt sich um den Protest gegen die Willkürherrschaft, die diese Regierung heraufgeführt hat. Es handelt sich darum, Männer in die Nationalversammlung zu senden, die ohne leige Rücksichten auf die Bourgeoisie für die sofortige Sozialisierung des Verkehrs, für die Durchführung des Gemeindefortschritts, für die Trennung der Kirche vom Staat eintreten.

Es handelt sich darum, zu verhindern, daß auch in Preußen eine rechtssozialistisch-bürgerliche Reaktion die Fortführung der Revolution zu verhindern sucht.

Wah! rufen wir Euch auf, Wähler und Wählerinnen, mmt heute geschlossen für die Liste Adolf Sömmers für die Liste der

Anabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Dokumente der Schande.

Aus den „Vorwärts“-Geheimakten der politischen Polizei. Von Siegfried Weinberg.

Es war stets die Ansicht der Berliner Arbeiter, daß es sich beim Raub des „Vorwärts“ im Oktober 1916 um ein Komplott zwischen den Militärbehörden und dem Scheidemannschen Parteivorstand gehandelt hat. Eine gemächliche Stütze für die Auffassung geben einige Dokumente, die sich in diesen Tagen angelesen haben. Es handelt sich hierbei um das Aktenstück, das die frühere Abteilung VII (Politische Polizei) des Berliner Polizeipräsidenten über den „Vorwärts“ geführt hat. Das Stück enthält einen glänzenden Ausfall der allgemeinen Verurteilung der politischen Akten, die in den letzten Nächten vor der Revolution in der roten Zwingsburg am Alexanderplatz Kattarsunden hat, entgangen ist.

Die Dokumente, die ich in folgendem daraus veröffentlichte, sprechen eine so beredte Sprache, daß nicht bloß mit Rücksicht auf die Papiernot ein ausführlicher Kommentar überflüssig ist. Als erstes sei folgender von dem alten Cyfern politischer Verfolgungen luttam bekannten Kriminalwachtmeister Schwarz unterzeichneter Bericht des 3. Kommissariats der Exekutive der Abteilung VII vom 11. Oktober 1916 wiedergegeben.

„Vertraulich!“

Gestern abend trug die Brechkommission wegen des vom Oberkommando verfügten „Vorwärts“-Verbots, Richard Fischer soll deshalb bei Exzellenz Kessel gewesen und um Aufhebung des Verbots vorstellig geworden sein. Dort habe man das Wiedererzählen des Blattes von einer anderen Zusammensetzung der Redaktion abhängig gemacht (Mehrheitsrichtung).

Die Brechkommission lehnte gestern das Ansinnen ab und forderte vom Parteivorstand, daß er sofort im Reichstoge dazu Stellung nehmen soll (wird er aber nicht machen!).

Man trägt sich in der „Vorwärts“-Redaktion jetzt mit dem Gedanken, die „Leipziger Volkszeitung“ als Ersatz zu gewinnen. Wegen des jetzigen Papiermangels dürfte aber jetzt nichts daraus werden, es sei denn auch wieder die Geniar einen Strich durch die Rechnung machen.

In der „Vorwärts“-Redaktion herrscht zur Zeit eine sehr gedrückte Stimmung. . . .

Also die politische Polizei wußte schon damals aus ihrer intimen Kenntnis der Dinge heraus ganz genau, daß der sozialdemokratische Parteivorstand gegen das Verlangen des Oberkommandos keine Stellung nehmen würde. Für unsere Genossen ist auch die Tatsache interessant, daß selbst die Brechkommission Polizeimitel in ihren Reihen hatte.

Noch bedeutamer ist das folgende Dokument. Es handelt sich hierbei um einen Bericht desselben Kommissariats der politischen Polizei vom 18. Oktober 1916, der gleichfalls von Schwarz unterzeichnet ist:

„Die redaktionelle Leitung des „Vorwärts“, der heute wieder erscheint, ruht jetzt in den Händen des Parteivorstandes. Sie wird ausgeübt durch den Parteisekretär Hermann Müller vom Parteivorstand, dem man die Redakteure Heinrich Cunow und Alfred Scholz als Mitarbeiter beigegeben hat.

Den radikalen „Vorwärts“-Redakteuren steht jetzt kein Einfluß auf das Blatt mehr zu. Natürlich herrscht unter ihnen deshalb allgemeine Erbitterung. Sie betrachten das Untergehen des Parteivorstandes dem Oberkommando gegenüber als abgemachte Sache — wobei sie vielleicht gar nicht so im Unrecht sind. Viel redaktionelle Arbeit wird man ihnen wohl jetzt nicht geben, und sie dürften bald gar nichts mehr zu tun haben. Auf die Verflügung des Oberkommandos in den Marsen hat der Parteivorstand das Zentralorgan in die Hand bekommen, und die radikalen Brechkommissions- und Redaktionsmitglieder

finden sich gezeigt, daß sie samt der
Vieh- und Viehwirtschaft mit Adolf Hoffmann an
der Spitze nicht in der Lage waren, sich großes Fort-
schritt in Kriegsjahren zu leisten. Erst der Parteivorstand
musste eingreifen, um das Blatt hochzuhalten.

Der Anruf des Parteivorstandes an die Abonnenten,
der auf das Wiedererscheinen des Blattes Bezug nimmt,
ist beizulegen.

Die „Politische Polizei“ bekennt sich hier klipp und klar
zu der Auffassung, daß es sich beim „Vorwärts“ um ein
abgekartetes Spiel zwischen dem Oberkommando und
dem Parteivorstand gehandelt hat. Wahrscheinlich eine Ärgere
Wohlfühlung der Ebert, Scheidemann usw. läßt sich nicht
denken. Nicht ohne Interesse ist schließlich der vom 2. No-
vember 1916 datierte Bericht des Kriminalhauptmanns
Ludwig I vom Aufhändeln der politischen Polizei, aus
dem folgende Stelle wiedergegeben sei:

„Die Einwirkung radikaler Flugblätter in den „Vor-
wärts“ wurde nirgends vorgenommen, und zwar aufwei-
send aus Furcht vor der Polizei, denn innerhalb der
Opposition gewinnt die Ansicht immer mehr Raum, daß
die Maßnahmen des Parteivorstandes von Seiten der Staat-
lichen Behörden geschützt werden, und aus diesem Grunde
rechnet man mit der Möglichkeit des politischen Ein-
schreitens.“

Dieser Bericht hatte dem Dezerenten der politischen
Polizei Geheimrat Lindig anscheinend so gut gefallen,
daß er darauf die Verfügung erließ:

„Aufhändeln wolle die gegen den „Vorwärts“ ge-
richtete Bewegung im Auge behalten und gegebenenfalls
weiter berichten.“

Zu dem Bunde zwischen Oberkommando und Partei-
vorstand gesellte sich, wie aus dem Schriftstück ersichtlich ist,
als schützender Engel die politische Polizei. Dieses
liebvolle Interesse der politischen Polizei für den Partei-
vorstands-„Vorwärts“ tricht sympathisch ab von dem Volk,
mit dem dieselbe Behörde den „Vorwärts“, als er noch den
Verlinern Arbeitern gehörte, behandelte. In dieser Zeit
wurde sorgfältig jedes Symptom gesammelt, das für ein
Schwinden der Abonnentenzahl des „Vorwärts“ sprach.
Jede Entlassung von Botenfrauen oder Speditoren wurde
häufig als Zeichen des Niedergangs glosiert. Wie anders
nach dem Oktober 1916! Mit rührender Vorsicht, als
ob es sich um ein offizielles Organ des Polizeipräsidenten
handelte, wird die Wirkung des „Vorwärts“ boykottiert
beobachtet. Mit größter Benützung wird festgestellt, daß
dieser Boykott hinter den Erwartungen zurückbleibe und den
Verstand des „Vorwärts“ nicht ernstlich bedrohe, namentlich
wenn Postzeit- und Militärbehörde ihre Pflicht zum Schutz
des Durchhaltens „Vorwärts“ täten. Symptomatisch hierfür
ist der folgende „vertrauliche“ Bericht des Krimi-
nalwachmeisters Schwarz vom 5. November 1916:

„Der Verlust an „Vorwärts“-Abonnenten bleibt doch
erheblich hinter den Erwartungen zurück. Auch die
Kritik in den großen Munitionsfabriken gegen den
„Vorwärts“ kann als leichtert angesehen werden. Die
Arbeiter wollen ein Blatt, in dem sie auch die gewerkschaftlichen
Publikationen lesen. Andere erklären, daß sie
ein bürgerliches Blatt nicht lesen sollen, am „Vorwärts“
fehlhalten zu müssen. Ein Abonnent auf die „Völkische
Volkzeitung“ oder den „Volkfreund“ sei gleichbedeutend
mit der baldigen Einberufung. Die Arbeiter sind über-
zeugt, daß die Post die Listen der Polizei übermittelt und
diese die Militärbehörden veranlaßt, die Reklama-
tionen rückgängig zu machen. Hier wehrt
also die Aktion an der Angst der Genossen.“

Mit welcher Erleichterung wird hier die treffliche Hilfe
konstatiert, die Polizei, Post und Militär den Scheidemannern
leisteten! Dieser Bericht hat dem Leiter der politi-
schen Polizei so gut gefallen, daß er seine sofortige
Vorlegung an den „Herrn Chef“, d. i. den Polizei-Präsi-
denten persönlich, verfügte, offenbar um diesem eine seelische
Erleichterung zuteil werden zu lassen.

Die Konferenz der Freistaaten.

Ueber 1848 nicht hinaus.

Eine Aussprache über den Entwurf eines allgemeinen Zeils
der künftigen Reichsverfassung hatte heute im dem Gebäude des
Reichsministers des Innern etwa hundert Vertreter der Reichsregie-
rung, Preußens und der deutschen Freistaaten zusammengeführt.
Nach dem Vorschlag Eberts, der den Vorsitz führte, bestritt sich
der Staatssekretär Preußens vorwiegend mit dem ersten Abschnitt
seines Entwurfs. Er hoffe, daß die Aussprache zu einer Einigung
der gegnerlichen Auffassungen führen werde. Die neue Ver-
fassung solle der politischen und staatsrechtlichen Niederschlag der
Revolution werden. Hauptgesichtspunkt dabei sei die Herstellung
der deutschen Einheit, wie sie schon 1848 erreicht worden sei.
Eine Vermischung der verschiedenen deutschen Stämme sei dabei
sehr wohl möglich. Gabe doch auch Preußen seinerzeit seine Hohen-
zollern aus Nürnberg, und die jetzige bayerische Republik ihren
Präsidenten aus Preußen geholt. Der Eigenart der deutschen
Stämme sei innerhalb der deutschen Einheit Spielraum zu
sichern. Zeile eine Klein- und Vielstaatenerei ein — wonach sich
Tendenzen längst bemerkbar gemacht — so sei Deutschland politisch
und wirtschaftlich verloren. Und: Weil das die Lebensfrage
Deutschlands, sei es auch die der deutschen Republik. Redner
sei aus Überzeugung Republikaner, noch mehr aber Deutscher.
Der „geteilte Souveränitätsbegriff“ der einstmaligen Frei-
staaten dürfe keine Aufrechterhaltung finden. Viel Anfechtung habe der
Entwurf erfahren wegen der Behandlung, die Preußen nach ihm
erfahren solle. Die deutsch-nationale Wahlgiltigkeit habe das ge-
stirpelt verwendet. Sei's drum. An Preußen habe sich das
Wort der Schrift vollzogen: „Die Krone ist vom Haupte des
Königs gefallen; das Schwert des Feldherrn ist zerbrochen.“ Er
erinnert an die Chmacht des damaligen Reichskanzlers und
Staatssekretärs gegenüber den einzelstaatlichen Verwaltungsgen,
wobei er u. a. die berühmte sächsische Eigenart ein Wort
Napoleons nennt. Viele Kleinstaaten seien von Preußen einge-
schluckt, und dadurch an ihrer Entwicklung gehindert. Deshalb
durfte vor einer territorialen Verkleinerung Preußens nicht ge-
schweigt werden. Preußen, die Wegwerfer davon hätten von ihm
Standpunkt aus recht. Ein einzelstaatliches Preußen sei die einzige
Stütze für eine monarchische Reaktion. Jedes, eine Hegemonie

Preußens sei künftig nicht mehr möglich. § 11 des Entwurfs ent-
halte die Möglichkeit für die Ausdehnung der territorialen
Wiederherstellung der Einzelstaaten. Doch dürfe nicht übersehen werden:
alle Neugestaltung der Blindegrenzen verleihe an Bedeutung,
wenn bei ihr nicht die Reichseinheit das Entscheidende bleibe.

Die an das Referat von Preußen sich anschließende Aussprache
eröffnete Eisner mit der Befassung eines Antrages, auf den
sich die süddeutschen Staaten verständigt hätten. Es handelt sich
darum, ein vorläufiges Reichspräsidium zu schaffen, das eine
aktionsfähige Reichsregierung schaffen würde. Auch Braun-
schweig (Sachsen) kommt kurz auf die zwischen Nord- und Süd-
deutschland bestehenden Differenzen zu sprechen, worauf Ebert
mit Zustimmung den beiden Vordrängern in die Parade fährt:
Es dürfe der Souveränität der Nationalversammlung nicht
vorgeschrieben werden. Worauf Schumann-Württemberg sich bereit,
zu erklären, daß sie auch gar nicht beabsichtigt. Jedes die weitere
Aussprache ergab doch, daß die Souveränität der Nationalver-
sammlung von den ephemer süddeutschen Staaten nicht weniger
woll respektiert wird. Alle Staaten — heißen sie auch Lippe,
Wettlar oder wie sonst — wollen ihre Selbstständigkeit gewahrt
wissen. Einzig Landesherrn vertritt mit Rücksicht für ein politisch
und wirtschaftlich einheitliches Deutschland, für das die Stunde
der Erfüllung freilich noch nicht gekommen sei.

Seine Versicherung, daß das Volk Anstöß, alle Sozialdemo-
kraten eingeschlossen, für die Erhaltung der Selbstständigkeit dieses
Großstaats seien. Mit den Angehörigen eines preussischer Lan-
desteile beuge man sich eventuell in große Schwierigkeiten. Wie
stelle man sich dabei z. B. zur Frage der Abtragung der Staats-
schulden, wenn leistungsfähige Teile ausschließen? Mit § 11 sei
ein Bankrott ins Volk geworfen. Wo ist denn in Preußen der
Teil, der sich weigern will. (Ruf: Hannover!) Und nun gar
die Republik Berlin, ohne das Hinterland Preußens. Das sei eine
unglückliche Idee. Die Interessen des Volks sind es, die einer Be-
teilung widersprechen. Man sollte sich im Augenblick auf den
Standpunkt stellen, die Staaten zu nehmen, wie sie eben sind.

Rechtlich begegnen sich die Redner in dem Wunsch, es möge
so schnell wie möglich eine aktionsfähige Reichsregierung ge-
schaffen werden. Auch die Süddeutschen wünschen das, wie Eisner
betont, der sich im übrigen aus Überzeugung zum Föderalismus
bekehrt. Bayern lehne den Entwurf von Haus aus ab. Wir lehnen
die absolute Souveränität der Nationalversammlung ab, wiederholt
Eisner unter lebhaftem „Hört, hört!“ Wenn dieser Entwurf an
die Nationalversammlung gelange, sei nach einigen Tagen der
Kampf sicher da. Wir sollten uns deshalb vorher verständigen.

Graduater und Dand beurteilen den Entwurf weit günstiger.
Lehterer verteidigt ihn sogar. Unser Lebensprinzip ist die nationale
Neutralität, wie sie überall in der Welt an Werten gemessen.
Siehe Polen. Die Arbeiterdemokratie habe das größte Interesse
daran. Die preussischen Minister Ehrlich und Pfibber legen sich für
die Erhaltung von Preußens Ganzheit ins Zeug.

Endlich war in Morgen- und Nachmittagsstunden die Tages-
arbeit getan. Resultat? In einer Kommission, die am Sonntag
vormittag um 11 Uhr zusammentritt, sollen sämtliche Anträge
und der Entwurf zumal weiter besprochen werden. Zwischen
den heutigen und morgigen Beratungen wird ein Bierabend beim
Staatssekretär Preußens liegen. Am Freitag wird er — der Bier-
abend nämlich — die „Verständigung“ fördern.

Und dann? Was wird dann für eine Verfassung zustande
kommen? Die heutige Konferenz hat zur Geltendmachung einer
Verfassung des Nationalstaats von bürgerlich-kapitalistischem Zu-
schnitt weis werden. Und wie lange wird sie am Leben bleiben?
Einer der Redner sprach es aus: Verfassungen werden heute noch
nicht für Jahrhunderte gemacht. Warten wir nur zwei, drei
Jahre. In der Tat. Wenn sie nach dem Entwurf oder nach der
Aussprache zustande kommt — von langer Dauer wird sie nicht
sein. Einfach deshalb, weil sie so über 1848 kaum hinausgeht.

Warum ist Ledebour noch immer in Haft?

Wie wir Freitag berichteten, schwebt gegen den Ge-
nossen Ledebour zur Zeit ein Strafverfahren wegen Auf-
ruhr und Landfriedensbruch, und zwar soll sich Genosse
Ledebour als „Rädelsführer“ betätigt haben. Von seinem
Verteidiger, Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, ist vor
einigen Tagen ein Antrag auf Ostentlassung
Ledebours gestellt worden, der damit begründet wird, daß
Minderverbrechen überhaupt nicht vorliegen, da Ledebour sich nie ver-
borgern gehalten, sondern sich stets in seiner Wohnung auf-
gehalten habe, ferner könne Ledebour als Mitglied des
Vollzugsrats die Immunitätsrechte eines Abgeordneten
geltend machen.

Dieser Antrag liegt zur Zeit der Staatsanwaltschaft
vor, ein Bescheid ist noch nicht ergangen. Die Behörde hat
es offenbar nicht sehr eilig. Sie scheint es darauf an-
gelegt zu haben, durch die Verhinderung der Anwesenheit
die Empörung der Berliner Arbeiterschaft über die
Verhaftung Ledebours noch zu steigern.

Ungehörige Aktion an den höheren Schulen.

Wir erhalten folgende Auskunft:
Mit Recht beschwert sich die „Freiheit“ über ein Minderverbrechen,
das auf den höheren Schulen Groß-Berlins durch die Doktoren
und Lehrer an die Schüler verteilt wurde. Ich möchte das mit-
teilen, daß ich jede Fortsetzung dieser ungehörigen
Aktion sofort unterlagert habe, sobald ich in der
Sache Kenntnis erhielt. In einer persönlichen Ausdrucksform über den
Vorfall sind alle Leiter der höheren Schulen und Abbeordneten
von Berlin und Umgebung von mir auf den kommenden Mittwoch
zusammengerufen worden. Konrad Haensch.

Keine Verhandlungen mit Polen.

Berlin, 25. Januar. Eine Besprechung der Polener Boh mit
dem preussischen Ministerium hat noch nicht stattgefunden. Die
preussische Regierung sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß
sie in Anbetracht der Lage keine Verhandlung in
dieser Angelegenheit die Zustimmung zu erlangen, daß sie abseher
Anregung von der anderen Seite gern Folge geben wird, voraus-
gesetzt, daß bei solcher Verhandlung nicht einzelne Fragen son-
dern der ganze Komplex der zwischen dem preussischen Volk
und den Polen zu lösenden Konflikte zur Sprache kommt. Das ist
nur über die Freilassung der gegenseitig festgehaltenen ei-
seln gesprochen worden.

Also auch in dieser Frage vertritt die Regierung den
Standpunkt der Gewalt, trotzdem Verhandlungen,
die auch von verständigen Deutschen in Polen geführt
werden. Ansicht auf Verhandlung bleiben. Besonders
wo die Alliierten sich gegen die actualen Aneignungen
Gebieten angeschlossen haben. Verhandlungen sind be-
sonders um deswillen nötig, weil seit Anfang Januar

als Folge der Sperre der Kohlenzufuhr nach Polen leg-
liche Lebensmittelausfuhr aus der Provinz
Polen unterblieben ist. Für die ohnedies schlechte
Lebensmittellage Deutschlands ist das eine große Ge-
fahr, da Polen sehr beträchtliche Mengen Getreide, Kar-
toffeln, Hülsen und Vieh liefert, auf die ohne weitere schwere
Ernährung der Bevölkerung nicht ver-
zichtet werden kann.

Die nordischleswigsche Frage.

Kopenhagen, 25. Januar. Rigas Bureau teilt über den
Standpunkt der dänischen Regierung zur Entscheidung der Grenz-
frage auf dem Friedenskonferenzen mit: Für Dänemark ist die
nordischleswigsche Frage ausschließlich eine nationale Frage. Die
dänische Nation hofft und sehnt sich danach, daß alle, die dänisch
reden und empfinden, im Königreich Dänemark vereint werden.
Dänemarks Kraft als Staat würde durch den Besitz eines
größeren Teils von Schleswig, als desjenigen, dessen Be-
völkerung sich tatsächlich an Dänemark anzuschließen wünscht,
nicht gelindert werden, während sich ein größerer Besitz Däne-
mark große politische und Verwaltungsschwierigkeiten bereiten
würde. Somit ist es Aufgabe der Friedenskonferenz, die An-
sprüche der dänischen Bevölkerung in Schleswig so durchzuführen,
daß die Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker
gelöst wird, und daß eine Abstimmung in Schleswig stattfindet.

Neuaufbau des bayrischen Heeres.

München, 25. Januar. In einer Veranstaltung der Garnison
München entwickelte gestern der Minister für militärische Ange-
legenheiten Hofhauser Richtlinien für den künftigen Neu-
aufbau des bayrischen Heeres. Der alte Geist
mit seinem Kadavercharakter dürfe nicht wiederkehren,
mehrerlich auch in dem neuen demokratischen Heereucht und
Ordnung herrschen müssen. In Bayern wäre eine angeworbene
Bolschewistische zu bilden, die eine Friedensstärke von
12000 Mann, eine Kriegsstärke von vielleicht 41000 Mann (für
ganz Deutschland etwa 350 000 Mann) haben würde. Neben diesem
sogenannten ruhenden Heere müßte das System des Militä-
bundes auf Grundlage der allgemeinen Pflicht zur Wehrhaftig-
keit eingeführt werden. Zur Offiziersfrage bemerkte der
Minister, daß im neuen Heere kein Vorrecht der Geburt
und des Reichturns oder der sogenannten Bildung gelten dürfe.

Amthliche Wahlergebnisse.

Der Wahlkommissar für den Wahlkreis Nr. 8 der Stadt
Berlin veröffentlicht das amtliche Wahlergebnis. Es sind danach
abgegeben: Auf die Liste Scheidemann 404 004 Stimmen,
auf die Liste Eichhorn 306 672 Stimmen, Raumann
177 558 Stimmen, Loberenz 103 720 Stimmen, Raßl 61 576
Stimmen, Pfeiffer 30 059 Stimmen. Es entfallen danach auf
die Liste Scheidemann 5 Sitze; Scheidemann, Fischer, Wagn-
sch, Robert Schmidt, Selmann, auf die Liste Eichhorn 4 Sitze;
Eichhorn, Haase, Paulant, Blich, auf die Liste Raumann
2 Sitze; Raumann und Hartmann, auf die Liste Loberenz
1 Sitz; Loberenz, auf die Liste Raßl 1 Sitz; Raßl, auf die Liste
Pfeiffer 1 Sitz; Pfeiffer.

Das amtliche Wahlergebnis für den 4. Wahlkreis Potsdam
1-0 ergibt für die Unabhängigen (Wahl) 129 850, für die
Nationalsozialistische Partei 150 801, die deutsche natio-
nale Volkspartei (Behrend) 109 047, die deutsche Volks-
partei (Poretsky) 65 478, die christliche Volkspartei (Berth)
19 572 Stimmen.

Die Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit.

Elberfeld, 25. Januar. Der Arbeiter- und Soldatenrat be-
schloß, bei Verstößen gegen das Reichsrecht über die achtstün-
dige Arbeitszeit und bei ungeduldfertigen Entlassungen
und Minderregelung von Ausnahmefällen gegen die Unterneh-
mer je nach der Sachlage mit hohen Geldstrafen unter so-
fortigem Vorzug der Verkürzung der Arbeitszeit und der Be-
schlagnahme des Betriebes vorzugehen.

Aus Oberschlesien.

Wentzen, 25. Januar. Die Zahl der streikenden Grub-
benarbeiter hat sich heute bedeutend verringert. Aus-
sichtlich sind nur noch etwa 25 Prozent der Belegschaft. Montag
wird mit der vollen Wiederaufnahme der Arbeit gerechnet.

Wentzen, 25. Januar. Auf Anordnung der Behörden wurde
der vom polnischen Volksrat zum Unterkommissar für
Schlesien ernannte polnische Rechtsanwalt Czajko gestern abend
verhaftet.

Politische Nachrichten.

Berlin, 25. Januar. Ein Erlass des Reichsminis-
ters vom 25. Januar (Kriegsamt) verfügt, daß die Kriegskommissionen un-
verzüglich mit den für die Bildung der neuen Schlichtungsaus-
schüsse zuständigen Landesregierungsbehörden in Verhandlung über
die etwaige Übernahme der Wehrdiensträume, des Personalis und
der Einrichtungsgegenstände der bisherigen Schlichtungsausschüsse
zu treten haben. Gleichgültig werden die Vorstehenden und ihre
vertretenden Vorstehenden der bisherigen Schlichtungsausschüsse
ihre Stellen einfordern.

Gastankunft von Dr. Leyl. Der Führer des Sozial-
bundes, Reichsanwalt Dr. Paul Leyl aus Frankfurt a. M.,
sowie dessen Sekretärin, Antoinette Jacob, sind auf Antrag der
Rechtsanwälte Dr. Kurt Rosenfeld und Dr. Weisdom wieder auf
freien Fuß gesetzt worden, da ihnen eine Krabbers Hand-
lung nicht nachgewiesen werden konnte.

Die Knechtsteden der Strahlenbahn und Kilmachit-
drahten von Paris. sowie die Kondukteure der Wehr
(Untergrundbahn) und der Nord-Südbahn haben den Streik be-
zogen. Der Streik ist auf allen Berliner Verkehrslinien sichtbar.
Fast allgemein ist der Streik auf der Wehr und der Nord-Südb-
bahn. Bis jetzt sind keine Zwischenfälle vorgekommen.

Wissens Anerkennung der russischen Revolution. In dem
Vorschlag Wilsons über die russische Frage bricht es wirt-
lich, die Vertreter der alliierten Mächte erkennen die Revo-
lution ohne Vorbehalt an.

Veränderung bei sich auf telegraphische Einladung von Walfont
nach Paris begaben, um dort die englischen Einwände für die
Aufnahme der Arbeitsklauseln in den Friedens-
vertrag zu überprüfen und in Bern darüber Bericht zu er-
statten.

In Mailand sehen alle die Kleriker mit. Die Arbeiter
verlangen den Acht-Stunden-Tag, höhere Löhne und Vergütung
des freien Sonntag-Nachmittags.

Die Beerdigung der Revolutionsoffer.

Eine gewaltige Trauerkundgebung war es, in der die Arbeiterschaft Berlins den Opfern des Bruderkampfes die letzte Ehre erwies. In feierlichem Ernst und eindrucksvoller Würde ist die Kundgebung verlaufen.

Dass es so kam, ist ein Verdienst der ungeheuren Disziplin der Massen. Denn noch nie sind Massen schimmer und frivoler provoziert worden als an diesem Tage. Ein Gefühl des Ekels und der Beschämung erfüllte heute jeden Sozialisten, der sehen musste, wie die Regierung Ebert-Scheidemann-Roske ihre Gewalttaten gegen die Trauerfeier mobilisiert hatte.

Die Regierung mußte wissen, daß nirgends die Absicht bestand, die Feier zu einer politischen Demonstration zu gestalten oder gar zu einem Putz zu mißbrauchen. Da zu haben wirkliche Sozialisten denn doch zu viel Respekt vor der Majestät des Todes.

Diese Regierung kann offenbar keine Gelegenheit unterlassen, um der Berliner Arbeiterschaft zu demonstrieren, daß zwischen ihr und dieser Regierung die Maschinen-gewehre und die Kanonen stehen. Wir sind es nicht, die darüber zu klagen haben. Tausende Arbeitern sind heute die Augen geöffnet worden über eine Politik, die es so weit gebracht hat. Nicht wir sind es, die eine politische Demonstration mit der Feier verknüpfen wollen. Die Regierung hat es getan und die Demonstration ist gegen sie ausgefallen. Die Arbeiter haben sich nicht provozieren lassen. Sie haben der Gewalt verächtlich den Rücken gekehrt und sind zu den Gräbern gegangen, um ihren Toten die letzte Ehre zu erweisen. Aber sie sind zurückgekehrt, entschlossener als je, den Kampf fortzuführen und dem Andenken der Toten die Genugtuung zu verschaffen, die die Herausforderung der Regierung erfordert.

Der gestrige Tag hat uns wieder gezeigt, wie tief der Gedanke des Sozialismus in den Herzen der revolutionären Arbeiter und Soldaten ruht. Die Maschinen-gewehre, die leichten und schweren Feldgeschütze, die Handgranaten der heimbedeckten Regiments-kolonnen, alle Maßnahmen, die die Regierung Ebert-Scheidemann-Roske angeordnet hatte, um die Begräbnisfeier der Revolutionsoffer zu stören, konnten die Berliner Arbeiterschaft nicht abhalten, den Toten ein ehrenvolles Begräbnis zu bereiten.

Mit Ekel und heiliger Erbitterung angefüllt verließen die anmarschierenden Arbeiterbataillone das innere Stadtviertel, wo die jungen, dem Sozialismus fremden Soldaten standen und den Zugang zur Siegesallee versuchten. Sie begaben sich nach dem Willyplatz, um von dort aus die Särge zu Grabe zu geleiten. Die gefallenen Revolutionsoffer haben für die Arbeiter gekämpft und gelitten. Von einem Proletariatsviertel aus wurden sie zu Grabe getragen. Das stimmte letzten Endes mit dem Ernst der feierlichen Stunde mehr überein, als wenn man die Särge vor den Augenbildern der Hohenzollern aufgestellt hätte.

Leider erwies sich der Willyplatz nicht geräumig genug, um den Trauerzug ordnungsgemäß aufzustellen. Um die herbeistehenden Menschenmassen zu ordnen, ließ man den größten Teil der Arbeiterscharen schon vorher nach dem Friedrichshain abmarschieren und dort Auffstellung nehmen. Nur die Kampfdeputationen blieben auf dem Willyplatz zurück.

Die Halle der Kränze war unüberschaubar. Fast alle Berliner Betriebe hatten Kränzchen gesendet. Die großen roten Schleifen trugen Zinschriften, die den Kampfscharakter der Gefallenen, ihren Geist und ihren Opfermut hervorhoben und die betonten, daß man im Sinne der Toten weiterkämpfen wolle. Alle Wahlbezirke und Bezirke der U. S. V. waren durch Kränzchen vertreten. Auch viele Soldatenräte aus Berlin und der Umgegend hatten Deputationen mit herrlichen Kränzen entsandt.

Aber nicht nur in Berlin, sondern über die Stadt hinaus, bis in den letzten Winkel des Reiches gedachte die Arbeiterschaft des gewerdesten Karl Liebknecht und der übrigen Revolutionsoffer. Abgesandte aus Leipzig, München, Stuttgart, Regensburg, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Braunschweig, Halle, Hannover, Bremen, Erfurt, Tübingen und noch anderer Orte waren erschienen und erwiesen den Toten durch Kränze ihre letzte Ehre. Die Werftarbeiter der Hamburger Schiffswerft Blohm u. Voß fielen durch einen riesigen Kranz besonders auf. Ebenso die Arbeiter der Vulkanwerkstatt Stettin. Auch Abgesandte der Matrosen von verschiedenen Nord- und Ostseestationen waren unter den Kränzenträgern zu sehen. Der Geist der Revolution, der die Matrosen in ihrem Kampfe befeuerte, war nicht der Geist der Regierung Ebert-Scheidemann. Karl Liebknecht war ihnen einer der Führer, der ihnen Beispiel und Mut einflößte durch seinen offenen Protest gegen den Krieg. Diesen Geist trugen sie in sich, als sie in den Novembertagen des Jahres 1918 die Fahne der Revolution aufstakelten und über das Land trugen. Dieser Geist ist in ihnen noch lebendig, und sie tragen ihn zur Schau, indem sie aus den verfallenen deutschen Südtälern herbeistellen, um in dem ermordeten Karl Liebknecht den Repräsentanten, den Kämpfer, den Revolutionär zu ehren.

Gegen 12 Uhr kamen die Särge der Revolutionsoffer auf großen Lastwagen angefahren. Sie lagen bis jetzt im Reichenschaufeld in der Hannoverschen Straße. 33 Särge wurden zu Grabe getragen, 5 Wagen waren bereitgestellt, um die Särge aufzunehmen. Jeder äußere Prunk war vermieden worden. So einfach und schlicht wie die Toten gelebt, so einfach und schlicht brachte man sie zu Grabe. Es war ein richtiges Proletariatsbegräbnis, nur getragen und gehalten durch den revolutionären Entschluß, der in den Herzen der Trauergemeinde flammte und der nie erlöschenden wird, so sehr man auch gegen ihn ankämpfen mag.

Eine kleine Kapelle von Bläsern eröffnete den Trauerzug. Hinter den Särgen folgten die Angehörigen, dann mehr als 2000 Kränzenträger. Soldaten in aufgelöster Formation waren nicht vertreten. Aber sie waren überall im Zuge verteilt, ein Beweis, daß auch in den Soldatenherden der Gedanke des revolutionären Sozialismus noch lebendig ist. Alle großen Berliner Vereine waren vertreten. Viele rote Fahnen und Standarden wurden im Zuge getragen. Die Arbeiterschaft Spandau war besonders stark vertreten. Auch die sozialistische Jugend fiel durch eine stolze Schar auf, ebenso die Abordnung der sozialistischen Studentenschaft. Die Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei marschierten gmeist in aufgelöster Truppe im Zuge mit und dokumentierten ihre Parteigliedschaft durch besondere Schilder. Auch die Kommunisten waren dezidiert in dem Trauerzuge vertreten. Anweilen sah man auf einer der Kränzschleifen, die von den Betrieben gesendet waren, eine Aufschrift, die zu erkennen gab, daß auch Mitglieder der sozialdemo-

kraatischen Mehrheitspartei, entgegen dem Wunsche ihrer Führer, das Andenken der Toten ehrten. Einige im Zuge getragene Tafeln dokumentierten den Willen der revolutionären Arbeiterschaft zur Einigkeit.

Der Zug bewegte sich über den Prenzlauer Berg zum Friedrichshain. Am Friedrichshain stieg zu dem ungeheuren Zug noch ein neuer hinzu, der auf der Spielwiese sich versammelt hatte. Da die Straßen nirgends abgeperrt waren, kam es teilweise zu größeren Verkehrsstörungen. Im allgemeinen bewegte sich aber der Zug der Würde der Stunde entsprechend ruhig und geschlossen seinem Ziele zu.

Bei den ungeheuren Schwereigkeiten, die die Scheidemann-Regierung der Begräbnisfeier gemacht hatte, konnten leider nicht alle Arbeiter an dem Trauerzuge teilnehmen. Ein von Charlottenburg ankommender größerer Zug, der sich abnungslos in die Siegesallee begeben wollte, wurde im Tiergarten von Regierungskruppen auseinandergesprengt. Zügen aus anderen Stadtteilen ging es nicht besser. Es war den Arbeitern auf diese Weise unmöglich gemacht, rechtzeitig nach dem Willyplatz zu gelangen. Sie irren ziellos umher und schämten sich, daß derartige Vorkommnisse unter einer sozialistischen Regierung geschehen konnten. Anderen Teilnehmern wieder war es dadurch unmöglich geworden, an der Trauerfeier teilzunehmen, weil der Straßenbahnbetrieb nach dem Innern der Stadt vielfach eingestellt war. Auch der Verkehr der Hoch- und Untergrundbahn war stellenweise eingestellt worden. So kam es, daß viele Arbeiter ihre Kränze nicht hinter den Särgen hertragen konnten. Tausende mußten ohne noch einmal die Toten zu begrüßen, unberührter Sache nach Hause gehen. Der Sache des revolutionären Volkes hat die Regierung Ebert-Scheidemann durch diesen Gewaltakt aber nur geschadet. Auch der letzte Arbeiter wird nunmehr einsehen müssen, daß diese Regierung seine Interessen nicht vertritt.

Unter den Soldaten, die zum Schutze der Ordnung aufgeboten waren und alle Gewaltmittel einer verheerenden Macht bereitgestellt hatten, war die Stimmung zum Teil schon sehr gekühd. Sie sahen die ersten und würdevollen Arbeiterscharen anmarschieren kommen. Sie mußten es ihnen ansehen, daß diese Leute unmöglich etwas Böses im Schilde läßt. Sie sahen die Massen von Trauer erfüllt und mußten sie dennoch zurückweisen, mußten hart und unbarmherzig mit ihnen verfahren, weil es Herr Roske, weil es ihnen Offiziere so befohlen hatten. Unmüßlich kam auch ihnen die Erkenntnis, daß sie nicht, wie ihnen versichert wird, der Sache des Volkes dienen, sondern unter lägherischen Vorwänden für eine schlechte Sache mißbraucht werden. Diese Erkenntnis ist durch die gestrigen Vorgänge mächtig gefördert worden.

Auf dem Friedhof.

Das felt der über Revolution bedrückende Nacht gefallener Berliner Freiheitskämpfer auf den Friedrichshain als letzte Ruhestätte ist ihnen, den Opfern der Gegenrevolution, von der Rettung einer sozialistischen Regierung kräftig gemacht worden. Möglichst weit von Berlin entfernt sollten sie der Erde übergeben werden. Aber auch der Friedhof in Friedrichshain birgt viele mutige Kämpfer für die Freiheit, und durch die Verlegung der Opfer der Gegenrevolution ist auch je ne Erde für immer geweiht.

Ein großes Waffengrab, etwa 70 Meter im Gewicht, unter den Änigen des schlichten Liedes „Ich hatt' einen Kameraden“ werden die Särge von Arbeitern und Soldaten zur Gruft getragen. In zwei Doppelreihen finden sie Auffstellung. Der Sorg mit der herrlichen Halle Liebknechts mitten unter ihnen. Bei Liebknecht doch auch im Leben sich am wohlsten mitten in der Masse des Proletariats gefühlt.

Arbeiterjäger, die in einer Zahl von etwa 500 erschienen sind, grüßen die Toten mit dem unsterblichen „Lied des Soldaten“. Eines fällt sich der weite Platz. Schon die Angehörigen der Gefallenen zählen nach Hunderten, und obwohl Fahnenfarben nur in beschränktem Maße aufgegeben wurden und am Eingang eine scharfe Kontrolle herrschte, hatten es doch viele verstanden, auf heimlichem Wege Zugang zum Friedhof zu finden. Alles drängt nach dem Grabe. Tausende Männer und Frauen umziehen es in großem Gedränge. Auch dies entspricht dem Empfinden Karl Liebknechts.

Dr. Ledt von der kommunistischen Partei liest die erste Ansprache an die Versammelten. Er spricht als Mitarbeiter und Freund Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die er aus nächster Nähe kennen gelernt hat. Er schildert Liebknecht und Rosa Luxemburg als Vorkämpfer der Freiheit. Es entspricht nicht dem Willen der Toten, Trauerreden an ihrem Grabe zu halten. Die Toten ruhen und zum Kampfe. Wir können an die feigen Menschweiber und die, auf deren Geheiß die Waffe gegen die Toten erhoben wurde, die „sozialistische“ Regierung. Das Edwärt, das den gefallenen Kämpfern entrissen ist, müssen wir aufnehmen, um bis zum letzten Kränzchen zu kämpfen, bis ihr Ziel, der Sozialismus, erreicht ist. Marx's Worte spendete der Redner noch der Genossin Luxemburg. Im Tode nirgends zu finden, ist sie eingezogen in die Herzen aller Proletarier.

Darauf ergriff Genossin Luise Fiebig für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei das Wort:

Mit unserem menschlichen ermordeten Freunde Karl Liebknecht tragen wir einen unserer Besten zu Grabe. Einem, dessen reicher Geist und heiliggläubend Herz ganz dem Proletariat gehörte.

Seine unbegreifliche Mäßigkeit und Unerschrockenheit, seine Unerbittlichkeit, seine Verehrung für die Ideale des Sozialismus werden uns für immerdar ein leuchtendes Beispiel sein. Wir stehen in ihm den aufrechten und wahrhaften Charakter, der sich vor niemandem beugte, der jede Unwahrheit und Unbereitschaft der Stellungnahme betrauerte, der ein Wahrheitsfanatiker war. Und nicht weniger lieben wir in ihm den liebesvollen, gütigen und völlig selbstlosen Menschen, den Menschen, der mit seiner ganzen Person für die großen Menschheitsziele eintrat und doch nicht über sich und gering achtete das Leid des Einzelnen, der zu lindern und zu helfen stets bereit war. Und gegen diesen Menschen, der ebenso wie unsere grundsätzliche Rosa Luxemburg nur für andere lebte, deren ganzes Tun und Sinnen darauf gerichtet war, die Menschheitsbefreiung durch den Sozialismus zur Tatsache werden zu lassen, richtete sich der infernalische Haß der Bourgeoisie und ihrer rechtssozialistischen Schildehüter. Renatanz ist eine unerhörte Delle gegen beide infiziert worden, so daß ich schon seit langem für ihr Leben fürchtete. Offen und verheißend wurde schließlich in Flugblättern und Gedichten zum Norden der beiden aufgerufen und damit eine Atmosphäre des Hoffens, eine Programmschätzung schimmerter Art erzeugt. Die Bourgeoisie hatte so noch einen alten Haß gegen Karl Liebknecht, war er doch der schärfste Gegner des Militarismus. Jenes Systems, das alles Eigene und Eble im Soldaten gerodet, dessen Volksfeindlichkeit zur Unerschrockenheit geworden war; das alle Welt bedrohte, und deshalb Deutschland in der ganzen Welt ver-

schte machte; das uns, weil wir dieses Joch trugen, als verächtliche Sklaven erscheinen ließ. Jenes Systems, das letzten Endes die Veranlassung des grauenvollen Weltkrieges wurde.

Die Rednerin schilderte dann die politischen Verfolgungen, denen Liebknecht ausgesetzt war, seinen Hochverratsprozeß, seine Verurteilung zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus und seine revolutionäre Betätigung seit seiner Freilassung. Gen. Fiebig schloß:

Es ist die besondere Tragik des Schicksals Liebknechts, daß er ein Opfer des Systems wurde, dessen Bekämpfung gerade er seine besten Kräfte widmete. Für uns liegt das Bedrückende, das unsere Seele mit Grauen erfüllt, darin, daß Liebknecht nicht im offenen Kampfe fiel, sondern das Opfer eines schandlichen Mordanschlages durch die Sozialisten geworden ist.

Diese Trauer um unseren teuren Toten erfüllt unsere Seele, aber auch zornige Erbitterung gegen die Mörder und ihre Mitschuldigen. Mit dem deutschen Proletariat teilt diese Empfindungen die gesamte Internationale, für die Karl Liebknecht ein Programm, eine weltbewegende Fahne bedeutete.

Was Liebknecht für die Verwirklichung des Sozialismus tat, es wird weiterleben; es ist eingegraben in die Herzen des Proletariats, das, angefeuert von seiner Mäßigkeit, ihn ehren wird durch den unermüdbaren Kampf um die Verwirklichung der sozialistischen Ideale. Dies geloben wir feierlich an seinem Grabe.

Seinen Mörder und ihren Mitschuldigen aber werden die Worte Freiligraths, die er die Märzgefallenen sagen läßt, unerschütterlich in die Ohren klingen:

Die Ängeln mitten in der Brust,
Die Sterne breit gestreut,
So habt ihr uns auf schwankem Welt
Doch in die Luft gehalten,
Doch in die Luft, daß unsre Edelmurde
Ihm, der zu Tode uns befohl, ein Blut auf ewig werde."

Nach Genossin Fiebig ergriff ebenfalls im Auftrag der U. S. V. Genosse Dr. Weissfeld das Wort, um etwas folgendes anzuführen: An diesen Särgen schließt der Wid' zurück auf die letzten Monate. Wir denken vor allen Dingen an jenen Oktobertag, an dem Karl Liebknecht, der Zuchthausler, seinen Eingang in Berlin hielt. Dem Tag des Einzuges folgte der Zeit stiller, heimlicher Vorbereitung der Revolution, eine Zeit der Warten, des Zweifelns und des Hoffens. In der Erinnerung scheinen uns diese Wochen im verklärten Licht. Sie hatten in ihrem Schoße den Keim einer schönen Zukunft. Die Gegenwart ist traurig und trübe und sie hat die Hoffnungen nicht erfüllt. Der Zeit der Vorbereitung folgte dann der 9. November. Wie freudig und wie stolz weichen die roten Banner im Winde, vor denen die Wächter der Vergangenheit kapitulierten. Heute wehen die roten Flaggen wehmütig und anklagend. Nach wenigen Monaten ist die Revolution durch die Gegenrevolution verdrängt, die die Kämpfer der Freiheit hingemetzelt hat. Ihr liegt hier hart und frod als die Opfer jener Gewalten, die wir am 9. November für überwunden hielten. Wir rechnen nicht mit Euch, ob Euer letzter Kampf von unserem Standpunkte aus richtig war und Sinn und Zweck besaß, wir bekennen nur laut und klar, daß Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und ihr, die über diesen beiden folgten, für die Revolution gekämpft haben und für die Revolution gestorben sind. Wir bekennen, daß Liebknecht und Luxemburg, selbst da, wo sie nicht haben sollten, getragen worden von dem glühendsten Idealismus und von der aufopferungsvollen Regiertheit, und daß sie ihres Lebens letzten Hauch an die Sache des Proletariats geschenkt haben. So seid ihr zu den besten der Deutschen zu zählen, denn ihr habt Euch eingesetzt und Euer Leben geopfert für die Idee der Arbeiterschaft, für die Idee der Menschheit. Sie haben Euch keinen Platz verpönnen wollen in den Reihen derer, die seit dem Jahre 1848 für die Freiheit gekämpft sind. Vielleicht gab es manch einen, der Euch aus diesen Friedhof weid und der Euch am liebsten auf einem Sämdungher des Schatt hätte. Aber wo Eure Leiber auch ruhen, der Ort ist heilig, der Ort der Revolution. Ihr lebt in unseren Herzen und ihr sollt auferstehen in unserem Willen.

Wir klagen nicht, denn Klagen und Weinen glemt sich nicht an der Gruft von Männern, die wie ihr gefallen sind. Wir klagen nicht, aber wir klagen an! Wir klagen an nicht die Mörder, die arme und verhehlte Menschen waren, aber wir klagen jene Verantwortlichen an, die den Mörder die Waffe in die Hand gedeut haben, die bei ihnen jene Stimmung erzeugten, aus der die grausige Tat geboren wurde. Wir klagen die Männer an, die den Namen des Sozialismus beschmutzt haben. Und wir klagen nicht nur an, wir geloben vor den Wunden dieser Toten, daß wir nicht ruhen und rasen wollen, bis die Schmach dieser Tat von dem Namen des deutschen Volkes getilgt ist. Es ist ein Pfad auf der Erde der gesamten deutschen Nation und diese Nation kann keinen Pfad unter den Kulturvölkern der Welt beanspruchen, solange nicht diejenigen, die die Schuld an diesem Brudermord tragen, von den Stellen befreit sind, von denen aus sie heute das Land regieren. Proletarier, Männer und Frauen, Euch ruhen diese Toten an, gelobt in dieser Stunde, daß ihr Euch vereinigen wollt zu reifem Kampfe für die Sache der Freiheit, um deren Willen sie gefallen sind, und für die Wiederherstellung der Ehre des Sozialismus und für den Sieg der Revolution und ihrer Erregungskraft. Wir dürfen nicht ruhen bis dieses Ziel erreicht ist. Die letzte Kraft haben wir daranzusetzen, daß das Vermächtnis dieser Gefallenen erfüllt wird. Die, die hier vor uns liegen, sind die Saat, die wir der Erde anvertrauen. Aus dieser Saat wird erkrühen die schöne Ernte, nach der unsere Herzen voller Sehnsucht sind, nur müssen wir bereit sein und müssen handeln. Es froh sodann noch ein Genosse aus Hamburg, ein Vertreter des roten Soldatenbundes und ein Vertreter der sozialistischen Jugend, der in markanten Sätzen Liebknecht als das lebendige Beispiel der Jugend feierte.

Mit dem Gesang des Liedes „Ein Sohn des Volkes“ wurde die erhebende Feier geschlossen.

Au beiden Seiten der Gruft hatte sich ein weites Meer von mächtigen Kränzen und roten Schifchen ergossen. Nicht nur von den Arbeitern Berlins, sondern auch aus vielen Städten Deutschlands waren Kränzchen eingegangen. Auch einige Berliner Truppenteile haben Kränze als letzten Gruß Liebknecht geschickt. Die Anzahl der Kränze wird wohl bald an Tausend heranzukommen. Die Widmungen, die wohl in der übergroßen Zahl Liebknecht galten, brachten den Schmerz der Arbeiter über seinen Verlust zum Ausdruck. Sie beklagten ihn als das Opfer eines feigen Mordanschlages. Einfach und treffend verklärten die Gefährten Karl Liebknecht: „Er war ein wahrer Freund des Volkes, darum wurde er gefeiert, verklärt und gemordet."

Die Internationale gegen den Mordmord.

Wir teilen die Trauer und den Zorn, die die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts erregt haben. Die Ermordeten haben doch nicht vergebens gekämpft. Ihre Ideen werden leben und klingen, während Verachtung und Abscheu sich um die verantwortlichen Mörder sammeln wird. Es lebe der Sozialismus und die Internationale!

Der nächste Arbeiterpartei; Org. Komm.

Theater und Vergnügungen.

Volkshöhne. Theater am Schloßplatz. Direktion: Fritz Kossler.

Deutsches Theater. Kammerstücke. 7 Uhr: Frühlingserwachen.

Kleines Schauspielhaus. Faschingsstücke. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Lessing-Theater. Direktion: Victor Baranovsky. 7 Uhr: Der König.

Deutsches Künstler-Th. 7 Uhr: Der Blaufuchs. Heute und folgende Tage 7 Uhr: Nachtbeleuchtung.

Königsplatz. 7 Uhr: Musik. Sonntag: Musik. Nachm.: Die tolle Komödie.

Komödienhaus. Schiffsbau. 7 Uhr: Die tanzende Nymphe. Sonntag: Die tolle Komödie.

Berliner Theater. 7 Uhr: Stern, wie wieder leuchten. 7 Uhr: Stern, wie wieder leuchten.

Telefon-Theater. 7 Uhr: Der gute Ruf. Von Hermann Sudermann.

Rosendahl-Theater. 7 Uhr: Der Lebenskünstler. Th. d. Friedrichstadt.

Dratulle Tage. Central-Theater. 7 Uhr: Die Rose von Stambul.

Deutsches Schauspielhaus. 7 Uhr: Mignon. Friedrich-Wilhelms-Theater.

Kleines Theater. 7 Uhr: Manriette Jacoby. 7 Uhr: Tabula rosa.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Walhalla-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: August der Starke.

Apollo. Friedrichstraße 218. Dir.: James Klein. 7 1/2 Uhr: Sonntag 2 1/2 und 7 1/2.

Ein Theater-Ereignis! Personal, Auftreten d. weltberühmten Kompositoren GILBERT!

Eintritt frei! Lieban-Cabarett. Künstler-Diele. Taschenstr. 34.

Ab 4 Uhr: Orchester von 6-7 Uhr. Ab 7 1/2 Uhr: Tanz. Acht russ. Ton, Kaffee, Mokka, Schokolade, Fein-Gebäck.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltung Berlin. 7 Uhr: Musik. Sonntag: Musik. Nachm.: Die tolle Komödie.

Komödienhaus. Schiffsbau. 7 Uhr: Die tanzende Nymphe. Sonntag: Die tolle Komödie.

Berliner Theater. 7 Uhr: Stern, wie wieder leuchten. 7 Uhr: Stern, wie wieder leuchten.

Telefon-Theater. 7 Uhr: Der gute Ruf. Von Hermann Sudermann.

Rosendahl-Theater. 7 Uhr: Der Lebenskünstler. Th. d. Friedrichstadt.

Dratulle Tage. Central-Theater. 7 Uhr: Die Rose von Stambul.

Deutsches Schauspielhaus. 7 Uhr: Mignon. Friedrich-Wilhelms-Theater.

Kleines Theater. 7 Uhr: Manriette Jacoby. 7 Uhr: Tabula rosa.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfeier. Neues Operettenhaus.

Palast-Theater. 7 Uhr: Der Troubadour. 7 Uhr: Die Hölle in der Hölle.

Metropol-Cabaret

Direkt: Alex Branne. Künstl. Leil. Max. Am Pilsener Platz.

6 1/2 Uhr: Das hervorragende Januar-Programm.

Elli Glässner. Otto Röhr. Anni Wilkens-Schulhof.

Robert Nosenmann. Horwitz-Sopro. Carl Stör.

Gygyi-Konzerte. Variet. Höhe u. Tiefe.

Sparkassen Banken und Bankiers

empfehle von mir übernommene 4 1/2 % Hamburger Staats-Anleihe.

Abgar mit 2%, vom Nominalbetrage, gestückt à 10000 Mark.

Otto Markiewicz Bankgeschäft. Berlin NW 7, Unter den Linden 59a.

In Hamburg vertreten durch Liffert & Rosenkranz. In Frankfurt a. Main vertreten durch E. Kaufmann & Zöfler & Co.

Harmonium

Mandoline, Cante, Gitarre, Wanderspiel, Klavier, Harmonium.

Photoapparate! Kleinapparate! Ernst, Brückstr. 6.

Ein- und Zweispänner, Plattenwagen, Frecks empfohlen das gebrachte Granoven Karl Bak+Zat.

4. Kreis. Sozialdemokratischer Wahlverein. U. S. P. 4. Kreis.

Außerordentliche Generalversammlung.

Montag, den 27. Januar, abends 6 Uhr: Urania, Wrangelstraße 10.

1. Stellungnahme zum Parteitag. 2. Wahl der Delegierten. Tagesordnung: Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands. 7. Jahrestag.

Allgemeine Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Branchen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Lindenstr. 83-85.

Branchen-Versammlung der Wickler, Wicklerinnen und Hölzerer Gr.-Berlins.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verband der Maler und Lackierer und Verband der Sattler.

Berlin. 28. Januar 1919, abends 8 Uhr: Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wagen- und Karosseriefabriken.

K. P. D. Ortsgruppe Neukölln. Am Dienstag, den 26. Januar 1919, pünktlich 7 Uhr abends findet im „Korallenbau“ eine Trauer-Feier statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. 28. Januar 1919, abends 8 Uhr: Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wagen- und Karosseriefabriken.

K. P. D. Ortsgruppe Neukölln. Am Dienstag, den 26. Januar 1919, pünktlich 7 Uhr abends findet im „Korallenbau“ eine Trauer-Feier statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. 28. Januar 1919, abends 8 Uhr: Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wagen- und Karosseriefabriken.

K. P. D. Ortsgruppe Neukölln. Am Dienstag, den 26. Januar 1919, pünktlich 7 Uhr abends findet im „Korallenbau“ eine Trauer-Feier statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. 28. Januar 1919, abends 8 Uhr: Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wagen- und Karosseriefabriken.

K. P. D. Ortsgruppe Neukölln. Am Dienstag, den 26. Januar 1919, pünktlich 7 Uhr abends findet im „Korallenbau“ eine Trauer-Feier statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. 28. Januar 1919, abends 8 Uhr: Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wagen- und Karosseriefabriken.

K. P. D. Ortsgruppe Neukölln. Am Dienstag, den 26. Januar 1919, pünktlich 7 Uhr abends findet im „Korallenbau“ eine Trauer-Feier statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. 28. Januar 1919, abends 8 Uhr: Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wagen- und Karosseriefabriken.

K. P. D. Ortsgruppe Neukölln. Am Dienstag, den 26. Januar 1919, pünktlich 7 Uhr abends findet im „Korallenbau“ eine Trauer-Feier statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. 28. Januar 1919, abends 8 Uhr: Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wagen- und Karosseriefabriken.

K. P. D. Ortsgruppe Neukölln. Am Dienstag, den 26. Januar 1919, pünktlich 7 Uhr abends findet im „Korallenbau“ eine Trauer-Feier statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. 28. Januar 1919, abends 8 Uhr: Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wagen- und Karosseriefabriken.

K. P. D. Ortsgruppe Neukölln. Am Dienstag, den 26. Januar 1919, pünktlich 7 Uhr abends findet im „Korallenbau“ eine Trauer-Feier statt.

MUTTER ERDE Der kommende Film des Tages! Regie: Eugen Burg

„Seid Menschen!“ Zeitgedichte von Heinrich St. Obel. Preis M. 2.-

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art. Primararzt Dr. Hermanns.

Richtlinien

für ein sozialistisches Aktions-Programm

von K. Kautsky



Am 9. November 1918 hat das Proletariat Deutschlands die politische Macht erobert. Seine große Mehrheit steht auf dem Boden des Programms, das sich die deutsche Sozialdemokratie 1891 auf dem Gr. Inter. Parteitag gegeben hat. Jetzt gilt es, an die reichste Anwendung des Programms zu gehen. Um das planmäßig und einheitlich durchzuführen, dazu reichen seine allgemeinen Sätze nicht aus. Dazu bedarf es der Formulierung eines besonderen Aktionsprogramms. Die Verständigung aller wahrhaft sozialdemokratisch Gesinnten über ein solches Programm ist dringend notwendig geworden, um das Proletariat in den Stand zu setzen, einmütig sowohl seine politische Macht zweckmäßig anzuwenden, wie um sie zu behaupten, wo sie gefährdet ist, oder endlich, um sie wiederzugewinnen, wenn sie ihm vorübergehend entgleiten sollte.

Die Richtlinien eines solchen Aktionsprogramms legen wir zur Diskussion vor.

I.

Demokratisierung.

Am 9. November hat das deutsche Volk die demokratische Republik erobert. Das ist die unerlässliche politische Grundlage des neuen Gemeinlebens, das wir aufbauen wollen. An ihr müssen wir unerschütterlich festhalten, sie müssen wir konsequent nach allen Richtungen aufbauen.

Marx erklärte in einem Brief über die Pariser Kommune vom 12. April 1871: „Die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent besteht darin, nicht mehr wie bisher die bürokratisch militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen.“

Das ist auch unsere Aufgabe. Dazu gehört vor allem die schleunigste Auflösung des stehenden Heeres und die völlige Aufhebung der Herrschaftstellung, die das Offizierskorps in ihm und durch es im Staat bisher einnahm. Anstelle des stehenden Heeres soll eine Volkswehr treten mit einer kurzen Auszubildungszeit von zwei bis drei Monaten für den Mann. Auch die Offiziere der unteren Grade sollen nicht berufsmäßige Soldaten sein, sondern ihre Ausbildung neben ihrem Zivilberuf empfangen. Auch die Instruktionsoffiziere und die der höheren Grade sollen Berufsbeamten bleiben. Außerordentlich soll weder Uniform noch Waffe getragen werden und soll dem Vorgesetzten keinerlei Kommandogewalt über den Untergebenen zustehen.

Kommt es zu einem internationalen Abkommen über Abrüstung, dann ist auch die Ausdehnung der Volkswehr dem anzupassen.

Die Macht der staatlichen zentralisierten Bürokratie ist zu brechen durch die Unterordnung unter eine nach freiestem demokratischen Wahlrecht gewählte Nationalversammlung sowie durch sofortige Vereinfachung der Rechte weitgehender Selbstverwaltung (im Rahmen der Staatsgesetzgebung) an die Stadtgemeinden und Landkreise sowie die Provinzen. Auch die Volksgewalt ist vom Staat an die Gemeinden und Kreise ausnahmslos zu übertragen. Den obersten Träger dieser Selbstverwaltung bilden überall eine nach demokratischem Wahlrecht erwählte Gemeinde-, Kreis- und Provinzialversammlung. Den von diesen Versammlungen eingewählten und kontrollierten Verwaltungskörpern kann der Staat auch einen Teil seiner Verwaltungsaufgaben übertragen, z. B. die Steuererhebung.

Dass die gewonnenen demokratischen Rechte, wie die Freiheit der Presse, der Versammlung, der Vereinigung, zu schützen sind, ist selbstverständlich.

II.

Hebung der Produktion und Sozialpolitik.

Die deutsche Republik soll eine demokratische Republik sein. Sie soll aber mehr werden, sie soll eine sozialistische

Republik werden, ein Gemeinwesen, in dem die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen keine Stätte mehr hat.

Jedoch noch dringlicher als die Frage der Produktionsweise ist die der Produktion selbst. Der Krieg hat die Produktion gewaltig unterbrochen. Sie wieder zu beleben und in Gang zu bringen ist unsere dringendste Aufgabe. Sie bildet die Vorbedingung jedes Versuchs einer Sozialisierung der Produktion.

Die Produktion bedarf der Produktionsmittel und der Arbeiter. Die nächste Aufgabe der Staatsgewalt ist es, die uns fehlenden Lebensmittel aus dem Auslande zu beschaffen, die die Arbeiter arbeitsfähig machen, und der Industrie Rohstoffe zuzuführen. Wo nicht genügend Rohstoffe für alle Betriebe eines Industriezweiges beschafft werden können, sind vor allem die technisch wichtigsten Betriebe zu versorgen unter Umständen, wie sie schon während des Krieges für die Stilllegung von Betrieben vorgezeichnet wurden.

Was die Arbeiter anbelangt, so ist neben der Erwerbslosenunterstützung auch eine Arbeitsvermittlung einzurichten, die sich über das ganze Reich ausdehnt und die zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeiter, der Unternehmer sowie der Republik besteht. Diese Arbeitsvermittlung muß das Recht haben, für jeden Produktionszweig und jede Gegend Mindestlöhne und Maximalarbeitszeiten sowie sonstige Arbeitsbedingungen festzusetzen. Sie verweigert es, Betrieben Arbeiter zuzuwenden, die jene Festsetzungen ablehnen. Ausererlei verliert ein Arbeiter seinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung, der sich ohne triftigen Grund weigert, Arbeit in einem Betrieb anzunehmen, für den er vorgebildet ist und der die Arbeitsbedingungen der Arbeitsvermittlung anerkennt.

Der Streik ist ein unerlässliches Mittel für den Arbeiter, sich vor unbilliger Unterdrückung zu erwehren und bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen in einem Staate, in dem die Staatsgewalt in den Händen der Kapitalistenklasse ist. Aber dieses Mittel ist ein zerstörendes, in gleicher Weise wie der Krieg der Waffen. Ein Staat, in dem die politische Gewalt in den Händen der Arbeiter ist, muß trachten, für jene Produktionszweige, in denen er noch nicht das Kapital ökonomisch ausschalten kann, andere Methoden zur Wahrung der Ansprüche der Arbeiter einzuführen, Methoden, die den Produktionsprozess weniger hemmen und stören. Das ist naturgemäß wichtig heute, nachdem der Krieg Deutschland so unendlich verarmt hat, daß jeder Streik doppelt verheerend wirkt. Wir verlangen, daß jene Produktionszweige, deren sofortige Sozialisierung nicht möglich ist, soweit sie dazu geeignet sind, durch den Staat zwangsweise syndiziert werden. Das Syndikat hat die Beschaffung der Rohstoffe, den Abzug der Produkte, sowie die Regelung der Produktionsbedingungen zu besorgen. Es hat auch das Recht, überflüssige oder unrationelle Betriebe stillzulegen. In seine Leitung werden gewählt zu einem Viertel Vertreter der Unternehmer, zu einem Viertel Vertreter der Arbeiterräte, endlich zu einem dritten Viertel die der organisierten Konsumenten des Produktionszweiges — etwa Industrielle, wenn der Produktionszweig Produktionsmittel fabriziert, oder Vertreter von Konsumentenvereinen und Gewerkschaften, wenn er Konsummittel herstellt. Das letzte Viertel wird gebildet von Vertretern des Staates, die das Gesamtinteresse repräsentieren. Innerhalb der einzelnen Betriebe werden dem Unternehmer Arbeiterausschüsse oder Arbeiterräte zur Seite gestellt, die die Durchführung der Beschlüsse des Syndikats überwachen und dahin wirken, daß sie möglichst zweckmäßig und unter Wahrung der Arbeiterinteressen durchgeführt werden. Das passive Wahlrecht zu den Betriebsarbeiterräten haben auch Personen, die außerhalb des Betriebes stehen und vom Unternehmer

ökonomisch unabhängig sind, wie etwa Ärzte und Angestellte von Arbeiterorganisationen. Ähnliche Arbeiterräte sollen auch in den nichtsyndizierten Betrieben eingerichtet werden.

Neben dieser Tätigkeit in den einzelnen Produktionszweigen muß der Staat die Sozialpolitik fördern durch allgemeine Arbeitererziehungsgesetze. So ist der Reichstagsentwurf auf alle Arbeitszweige auszudehnen, z. B. auch auf das Transportgewerbe (Eisenbahnen) und das Gastwirtsgewerbe. Ebenso das Verbot der Nachtarbeit von Frauen und Jugendlichen usw. Für die Landwirtschaft sind diese Bestimmungen der Eigenart des Betriebes anzupassen.

III.

Die Sozialisierung.

Ganz in Hand mit diesen Versuchen der proletarischen Staatsgewalt, durch ihr Eingreifen dem Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit weniger zerstörende Formen zu geben, muß aber auch das Streben gehen, diesem Klassenkampf, der doch unter allen Umständen ein hemmendes und störendes Element der Produktion ist, seine Grundlage zu nehmen durch Sozialisierung der Produktion, die dem Arbeiter anstelle des Kapitalisten die Gesellschaft, zu der er selbst gehört, als Besitzer der Produktionsmittel und Leiter der Produktion gegenüberstellt.

Dies durchzuführen, ist die wichtigste, ist die eigentliche Aufgabe der vom Proletariat beherrschten demokratischen Republik. Dadurch wird sie zur sozialen Republik und leitet eine neue Ära in der Geschichte der Menschheit ein.

Aber gerade, weil diese Aufgabe so wichtig und weittragend ist, läßt sie sich nicht im Handumdrehen durchführen, sondern nur schrittweise und nach sorgfältiger Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse und Vorbereitung der Neuordnung.

Das Hauptmittel der Sozialisierung, aber nicht das einzige ist die Verstaatlichung des Eigentums an den Produktionsmitteln. Und das grundlegende unter allen Produktionsmitteln ist der Grund und Boden. Seine Verstaatlichung erfordert am wenigsten Schwierigkeiten, wenn man genau unterscheidet, wie das in England auch praktisch der Fall ist, zwischen dem Grund und Boden und den auf ihm oder in ihm eingerichteten Betrieben.

Man kann den Grund und Boden, soweit er in großen Betrieben bewirtschaftet wird, ohne weiteres verstaatlichen und die auf ihm oder in ihm befindlichen Betriebe zunächst in der bisherigen Weise weiter wirtschaften lassen. Die Produktion wird dadurch nicht im geringsten gestört, die Betriebsinhaber werden nur aus Grundeigentümern in Pächter verwandelt.

Sobald der Friede geschlossen und Arbeit geschaffen ist darüber, wie weit das deutsche Volk über sein Staats- und Reichseigentum eigentlich zu verfügen hat, steht nichts im Wege, ohne weiteres sämtliches großes Grundeigentum an Bergwerken, Wäldern und großen Gütern (etwa über 100 Hektar), sowie sämtlichen städtischen Grundbesitz (ohne die darauf stehenden Häuser) zu Staatseigentum zu erklären, gegen eine noch festzusetzende Entschädigung. Aus der Feudalzeit stammende Einnahmen aus dem Grundbesitz, z. B. Bergwerkforegale und aus der Feudalzeit stammender Grundbesitz überhaupt, wie die meisten Fideikomisse und fürstlichen Besitztümer, die nicht auf dem Wege des Kaufs erworben wurden, bedürfen einer Entschädigung nicht.

Die auf dem staatlichen Grund und Boden stehenden Betriebe bleiben zunächst noch Privatbetriebe, wenn auch als Staatspächter. Nach und nach wären sie zu sozialisieren. Bei den Wäldungen ginge das ohne weiteres.

Auch bei den Bergwerken und Laufgruben, den landwirtschaftlichen Riesentrieben, würde es keiner langen Vorbereitungen bedürfen.

Der Staatsbetrieb dürfte nicht nach der Schablone der bisherigen Betriebe einer zentralisierten Bürokratie eingerichtet werden. Derartig eingerichtete Staatsbetriebe wären vielmehr umzuformen. Die Staatsbetriebe sind zu dezentralisieren, ihren Leitungen ist möglichst Selbständigkeit zu gewähren.

Nach Möglichkeit sollten nicht verzelte Betriebe, sondern ganze Industriezweige verstaatlicht werden. Jeder dieser Industriezweige wäre, wie auch deutschösterreichische Genossen in einem Entwurf über die Sozialisierung verlangen, dem ich reiche Anregungen verdanke, von einem Kollegium zu verwalten, in dem die Staatsgewalt nur mit einem Drittel der Mitglieder vertreten ist. Ein zweites Drittel bilden die Vertreter der Arbeiter des Industriezweigs, das letzte Drittel die Vertreter seiner organisierten Abnehmer.

Die Interessen der Arbeiter und der Konsumenten stehen hier in einem gewissen Gegensatz: jene streben nach hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit, diese nach niedrigen Preisen. Ueberwinden läßt sich dieser Gegensatz nur durch den Fortschritt zu einer höheren Produktivität der Arbeit. Daran sind beide Teile gleichmäßig interessiert, nur dadurch können sie vorwärts kommen. Sonst können sie sich bloß gegenseitig lähmen. Das gemeinsame Interesse der Arbeiter und Konsumenten wird den Stachel zur Erhöhung der Produktivität der Arbeit ergeben, den unter kapitalistischen Verhältnissen das Profitstreben des Unternehmers bildet.

Innerhalb des einzelnen verstaatlichten Betriebes kann dann die Produktion in ähnlicher Weise geregelt werden wie in den Privatbetrieben nach der oben schon erwähnten Methode. Nur daß der Leiter nicht ein Privatbesitzer oder dessen Stellvertreter ist, sondern ein vom leitenden Industrie-Kollegium eingesetzter Beamter. Landwirte und Gewinnbeteiligung mögen dann dazu dienen, das Interesse der Verwaltung und der Arbeiter an möglichst sorgfamer und eifriger Arbeit wahrzuhalten.

Die Besitzer der verstaatlichten Betriebe sollten entschädigt werden. Dabei wäre zu berücksichtigen einmal der Wert der Produktionsmittel, Baulichkeiten, Maschinen, Rohstoffe, die sie umfassen; dann ihre augenblickliche Rentabilität, nach Durchführung der allgemeinen Sozialreformen.

IV.

Die Landwirtschaft.

Auf diese Weise ist ein Produktionszweig nach dem andern zu sozialisieren und sind die verschiedenen Produktionszweige immer mehr in systematischen Zusammenhang miteinander zu bringen.

Nicht ganz so wie in der Industrie kann man in der Landwirtschaft verfahren. Es wäre nicht zweckmäßig, das bäuerliche Grundeigentum zu enteignen. Es genügt einzuweisen, daß der Staat sich bei jeder Besitzveränderung von Grund und Boden das Vorkaufsrecht wahr, um nach und nach allen Grundbesitz in seine Hände zu bekommen.

Die Wälder könnten, wie schon gesagt, ohne weiteres in staatlichen Betrieb übernommen werden. Auch die Uebernahme der Latifundien und ihre Bewirtschaftung nach den oben für die Industrie aufgestellten Regeln würde keine großen Schwierigkeiten verursachen.

Ebenso wenig die Syndizierung der übrigen ländlichen Großbetriebe. Von den Erfahrungen auf den Latifundien müßten dann Tempo und Art der weiteren Sozialisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe abhängen.

Die Verschlagung der Großbetriebe in Zwergebetriebe wäre ein Rückschritt und würde gar nichts nützen, da kein Drang aus der Stadt ins Land besteht, sondern umgekehrt die Landwirtschaft im Kleinbetrieb wie im Großbetrieb an Menschen Mangel leidet.

Erziehung der Menschkraft durch die Maschine, nicht Rückkehr zu primitiven Arbeitsmethoden, ist für die Landwirtschaft dringend erforderlich. Dazu ist notwendig, daß der Staat den Dorfgemeinden landwirtschaftliche Maschinen in ausreichendem Maße zur Verfügung stellt und ihre kommunale Anwendung fördert.

Nicht minder unerlässlich aber ist es, die Kulturverhältnisse auf dem flachen Lande zu heben, um den Unterschied zwischen Stadt und Land und damit die Anziehungskraft der Stadt und die Verödung des flachen Landes zu mindern. Verbesserung der Schulen und der Einkommensverhältnisse der Schullehrer, Vermehrung der Netze, Verbesserung der Kommunikationsmittel, sowie Bau ausreichender selbständiger Wohnungen für die Landarbeiter — das sind Reformen, die sofort in Angriff zu nehmen sind.

V.

Kommunalisierung.

Die Verstaatlichung der Produktionszweige ist das wichtigste Mittel der Sozialisierung, jedoch nicht das einzige.

Sozialismus heißt demokratische Organisation des ökonomischen Lebens.

Dies wird vorbereitet durch den Großbetrieb und die Organisation der Produzenten. In gleicher Richtung wirkt aber auch, obgleich nicht so machtvoll, die Organisation der Konsumenten. Erstoft jene immer mehr die Produktion der Produktionsmittel, so diese die Produktion vieler Konsummittel.

Als Organ der Sozialisierung der letzteren Art vermag die Konsumgenossenschaft dort zu wirken, wo sie große Massen Konsumenten umfaßt. Noch bedeutsamer aber wird in dieser Beziehung die Stadtgemeinde werden, wenn sie den Charakter einer Konsumgenossenschaft annimmt. Als solche kann sie entweder für sich allein oder in Ver-

bindung mit den Konsumgenossenschaften, die Brotfabrikation sozialisieren, ebenso die Apotheken, sowie ferner die Versorgung der Stadt mit Milch, mit Gemüse usw. Sie kann einer der Faktoren der Sozialisierung der Landwirtschaft werden.

Daneben hat die Gemeinde (und ähnlich der Landkreis) die Aufgabe, für die Sozialisierung zu wirken durch die Beschaffung lokaler Monopole, z. B. Straßenbahnen.

Endlich fällt es der Gemeinde zu, die Herstellung der Wohnungen zu sozialisieren, gesunde und billige Wohnungen für die Massen herzustellen und zu verwalten. Es wird von lokalen Verhältnissen, namentlich der Reise und Organisation der Arbeiter, abhängen, auf welchem Wege sie dabei die besten Resultate erzielt, ob sie sich privater Bauunternehmer bedienen muß, denen sie ihre Bedingungen, namentlich in bezug auf die Arbeiterverhältnisse, auferlegt, ob sie in eigener Regie baut, oder ob sie den Versuch macht, ihre Bauten nach ihren Plänen und unter ihrer Leitung durch die Organisationen der Bauarbeiter herstellen zu lassen.

Wenn die Gemeinde die städtischen Monopole an sich zieht, den Massen gesunde und billige Wohnungen schafft und billiges Brot, wenn sie ausreichende Schulen baut und den Kindern des Volkes in der Schule nicht bloß Belehrung, sondern auch Nahrung bietet, wenn sie endlich den Volksmassen Stätten der Versammlung, der Erholung, der Weiterbildung schafft, wird sie tatkräftig mitwirken an dem Prozeß der Sozialisierung.

VI.

Die Steuerpolitik.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Enteignung der sozialisierten Betriebe zu geschehen hätte auf dem Wege der Ablösung, nicht der Konfiskation.

Dafür sprechen nicht nur Gründe der Gerechtigkeit, da die Konfiskation nur einige der Kapitalisten, nicht die Klasse trafe, und nicht bloß Kapitalisten, sondern auch kleinere Leute. Es sprechen dafür auch ökonomische Gründe, weil die Konfiskation die produzierenden Kapitalisten in höchstem Grade beunruhigen und stören würde in einem Zeitpunkt, in dem der Produktionsprozeß äußerster Schonung bedarf.

Die Entschädigung erfolgte am besten durch Ausgabe von Staatsschuldverschreibungen zu einem mäßigen Zinsfuß.

Ähnliche Gründe, wie für die Entschädigung, sprechen gegen die einfache Annullierung der Kreditsanleihen. Neben den Gründen der Gerechtigkeit ist hier zu beachten, daß, bevor die Sozialisierung vollständig vollzogen ist, der kapitalistische Betrieb in weitem Ausmaß fortbesteht; weiter, daß uns noch kapitalistische Staaten umgeben, deren Lebensmittel und Rohstoffe wir brauchen, die zunächst nur auf dem Wege der Anleihe zu erlangen sind. Die Unversehrtheit des Kredits bildet daher eine wichtige Vorbedingung unseres ökonomischen Lebens.

Die Verzinsung der Kriegsanleihen und der Ablösungszahlungen wird große Geldsummen erheischen, die durch Steuern auf die Bestehenden aufzubringen sind. Das ist steuerrechtlich eine jäherliche Frage, nicht aber ökonomisch, denn es bedeutet nicht die Ausbringung neuer Werte, sondern nur einen Platzwechsel schon bestehender.

Wenn etwa für diese Zinsen in jedem Vierteljahr 5 Milliarden von den Bestehenden aufzubringen sind, so werden sie von diesen z. B. im September bezahlt und im Oktober vom Staat zurückgezahlt, wenn auch nicht an die gleichen Personen. Weder der Staat noch die Kapitalistenklasse wird dadurch reicher oder ärmer.

Anderes steht es mit den Zinsen, die für Kriegsschäden oder für neue Anleihen an das Ausland zu zahlen sind. Sie gehen hinaus, ohne zurückzukommen. Sie bedeuten eine Verminderung des Einkommens der Kapitalistenklasse, wenn diese sie aufzubringen hat und eine Verarmung des Staates. Diese Schulden zu tilgen, wird dringend notwendig werden, was wieder neue Steuerlasten bedingt.

Dazu kommen, neben den normalen Verwaltungsausgaben des Staates, noch die Kosten der Unterstützungen für Kriegsbeschädigte und Erwerbslose. Dieser Vermehrung der Ausgaben können wohl auch einige Verminderungen gegenübergestellt werden. Vor allem die Ausgaben für die Wehrmacht müssen auf ein Minimum reduziert werden, sowohl durch Aufhebung des stehenden Heeres wie durch Einstellung aller neuen Leistungen. Das ist nicht nur eine politische Forderung der Demokratie, sondern auch eine ökonomische Forderung einer vor dem Bankrott stehenden Volkswirtschaft.

Trotz aller Ersparnisse, die so gemacht werden können, bleiben ungeheure Erfordernisse, die durch die Einnahmen des Reiches zu decken sind.

Es geht nicht an, sich durch Fabrikierung von Papiergeld zu helfen. Dadurch werden bloß, die Warenpreise weiter in die Höhe getrieben und wird die Unsicherheit des Geldwesens aufs untraglichste gesteigert.

Als Reichseinnahmen kommen in erster Linie direkte progressive Steuern auf den Zehig und das Einkommen der wohlhabenden Klassen in Betracht. Das Erbrecht kann in weitgehendem Maße eingeschränkt werden. Nur darf man nicht vergessen, daß diese Steuern, wenn sie einen nennenswerten Beitrag liefern sollen, einen erheblichen Besitz und bedeutende Einkommen voraussetzen, deren erste Vorbedingung wieder ein geregelter Gang der Produktion ist.

Die Grundlage jeder gesunden Finanzpolitik ist eine stehende Produktion, die große Ueberschüsse an Produkten liefert. Nur aus diesen Ueberschüssen können ohne Schädigung des Staates und der Bevölkerung die Steuern bezahlt

werden. Sie sind von jenen Klassen zu entrichten, die sich der Ueberschüsse der Produktion zunächst bemächtigen.

Die strengsten Steuererlasse gegen die Reichen liefern keinen Ertrag, wenn die Produktion sinkt.

Andererseits ist es zweckwidrig, daß man die Arzte an beiden Seiten anzündet. Der Staat ist nicht in der Lage, den Kapitalisten große Summen durch Besteuerung abzunehmen, wenn die Arbeiter vorher auf dem Wege der Lohnerhöhung den Profit und Zins aufgehoben haben. Darüber müssen sich die Arbeiter klar sein: Je mehr es ihnen gelingt, den Mehrwert zu verringern, den das Kapital einsteckt, desto mehr müssen sie selbst von ihren Einnahmen an Steuern zahlen, soll der Staat die Summen aufbringen, deren er zu seinem Fortbestehen bedarf.

Als nächste Einnahmequelle neben den direkten Steuern kommen für den Staat die Ertragssteuern aus seinen Betrieben in Betracht. Doch darf man diese zunächst nicht zu hoch veranschlagen, wenn die Besitzer der sozialisierten Betriebe entschädigt werden. Die Sozialisierung geschieht nicht zu fiskalischen Zwecken, sondern im Interesse der Arbeiter und Konsumenten. Will man diese nicht schädigen, wird man zunächst vermehrte Einnahmen aus jenen Betrieben nicht ziehen können. Allerdings in der Zukunft fallen alle Vermehrungen der Einnahmen durch Wachsen der Grundrente oder Vermehrung des Verkehrs bei wenig wachsenden Kosten, z. B. bei den Eisenbahnen, dem Staate zu. Aber das ist ein Wechsel auf die Zukunft. Sofort können verstaatlichte Betriebe ohne Schädigung der Arbeiter und der Konsumenten nur dann vermehrte Einnahmen bringen, wenn die Verstaatlichung die Betriebskosten verringert, etwa durch Ausschaltung der Kosten des Konkurrenzkampfes der verschiedenen Betriebe, durch Stilllegung irrationaler Produktionsstätten oder durch Konzentration der Produktion.

Profitable Verstaatlichungen dieser Art, wie sie z. B. bei der Erzeugung elektrischer Kraft möglich werden, sind außer vom sozialistischen, auch vom fiskalischen Gesichtspunkte aus anzustreben.

Bedenklicher sind Monopole, die nichts sein sollen, als verkörperte indirekte Steuern, die nur auf Schröpfung der großen Masse der Konsumenten hinauslaufen. Doch auch unter ihnen gibt es mannigfache Unterschiede. Monopole, durch die Lebensnwendigkeiten verteuert werden, sind ganz anders zu betrachten, als Monopole auf entbehrliche oder gar schädliche Genussmittel. Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus und Kohlenhandels ist dringend notwendig, aber ein fiskalisches Kohlenmonopol zur Erzielung großer Gewinne wäre entschieden zu verwerfen. Da könnte man sich eher mit einem Branntweinmonopol abfinden. Ebenso wenig wie fiskalische Monopolisierungen notwendiger Lebensmittel und Rohstoffe kann die deutsche Volkswirtschaft in ihrem jetzigen Zustande Rolle auf solche Artikel ertragen.

Die wichtigsten Staatseinnahmen werden unter allen Umständen die direkten Steuern auf Einkommen, Vermögen, Erbschaften bilden müssen. Aber immer wieder muß eingeschärft werden, daß sie einen höheren Ertrag nur abwerfen können, wenn die Produktion kräftig in Gang kommt und reiche Ueberschüsse liefert. Das ist das A und O, wie der Sozialisierungs-, so der Finanzpolitik.

VII.

Die auswärtige Politik.

Neben der Demokratisierung und Sozialisierung hat eine proletarische Regierung noch eine weitere Aufgabe, an der sie zu arbeiten hat: die Internationalisierung.

Karl Marx verkündet in seiner Inauguraladresse, die das Wirken der Internationale 1864 einleitete, daß einen Teil des Emanzipationskampfes der arbeitenden Klassen der Kampf für eine auswärtige Politik bilde, bei der die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen einzelner regeln, ebenso sehr die besten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollen!

Für eine solche Politik einzutreten, ist jetzt unsere Aufgabe. Offenheit und Wahrheit muß in unserer äußeren wie in unserer inneren Politik herrschen. Weg mit aller Geheimdiplomatie, weg auch mit allen den Mitteln geheimer Agenten und geheimer Bestechung. Weg mit allen Diplomaten, die mit solchen Mitteln arbeiten, weg auch aber mit allen Diplomaten, die bisher ihre Hauptaufgabe in höfischer Repräsentation sahen. Unsere auswärtige Politik bedarf einer gründlichen Abkehr von den alten Methoden. Nicht darauf darf sie mehr gerichtet sein, das Bündnis der einen Regierungen zu gewinnen und sie mit den anderen zu entzweien, sondern auf den Bund aller Völker, an dem das deutsche Volk als Gleicher unter Gleichen teilnehmen soll, mit voller eigener Selbstbestimmung und freudiger Anerkennung der der anderen.

Unsere Politik muß danach streben, vor allem das Vertrauen der Demokratie und des Proletariats der anderen Länder zu gewinnen. In diesem Vertrauen sowie in der Kraft des ausländischen Proletariats nicht minder als in der Kraft des eigenen muß die Stärke unserer auswärtigen Stellung begründet sein. Freudig wollen wir Schulter an Schulter mit unseren auswärtigen Brüdern für die Demokratisierung und die Sozialisierung in der ganzen Welt eintreten, aber wir lehnen es auch zu diesem Zweck ab, die alten Mittel der geheimen Diplomatie anzuwenden und die Weltrevolution durch geheime Agenten und unterirdische Verbindungen von Staats wegen als Teil unserer Regierungspolitik fördern zu wollen.

In Freundschaft mit allen Völkern wollen wir unsere internationale Solidarität mit ihnen durch gemeinsame Werke des Friedens und des sozialen Fortschritts bekunden.

Charlottenburg, 12. Januar 1919.